

DEMOGRAFISCHER WANDEL

Europäische Altersforschung auf neuen rechtlichen Beinen

28. März 2011, 14:57

**Neuer Rechtsstatus erleichtert Durchführung von Großforschungen - "Share"-Daten stehen Forschung und Politik zur Verfügung**

Wien - Seit dem Jahr 2002 beteiligen sich Wissenschaftler aus zahlreichen EU-Ländern am Forschungsprojekt "Share" (Survey on Health, Ageing and Retirement in Europe). Alle zwei Jahre werden dabei 45.000 mindestens 50-Jährige in 21 Ländern über Gesundheit, Altern und Ruhestand befragt und die Daten der Wissenschaft zugänglich gemacht. Das Projekt hat nun den neuen, erstmals vergebenen europäischen Rechtsstatus als "Konsortium für eine europäische Forschungsinfrastruktur" (Eric) erhalten. Die Wissenschaftler sehen darin einen "Durchbruch für eine nachhaltige paneuropäische Sozialforschung" und versprechen sich viele Vorteile.

"Share" war bereits 2006 als vorrangige Forschungsinfrastruktur für Sozialwissenschaften ausgewählt worden. Die "European Roadmap for Research Infrastructures" umfasst insgesamt 44 Projektvorschläge aus den verschiedensten Disziplinen für Großforschungseinrichtungen in Europa. Von diesen Vorhaben werden zwar schon einige verwirklicht, allerdings habe es bisher keinen adäquaten Rechtsrahmen für die Gründung einer

solchen Infrastruktur mit Partnern aus verschiedenen Ländern gegeben. Das habe immer wieder zu langwierigen Verhandlungen und Verzögerungen geführt, hieß es seitens der EU-Kommission.

Veränderungen

Mit dem neuen europäischen Rechtsstatus soll die Gründung und Durchführung solcher Projekte erleichtert werden. Das Projekt "Share" ist das erste Vorhaben, das von Vorteilen wie einer Umsatzsteuerbefreiung profitieren soll. EU-Präsident Jose Manuel Barroso hat kürzlich den Gründungsvertrag für "Share-Eric" zwischen Österreich, Deutschland, Belgien, den Niederlanden und Tschechien unterzeichnet, teilte die Uni Linz am Montag mit, deren Institut für Volkswirtschaftslehre das österreichische Länderteam bei "Share" leitet. Die anderen an "Share" beteiligten EU-Länder sollen dem Konsortium in den kommenden Monaten beitreten.

Bisher erhielten die beteiligten österreichischen Wissenschaftler zwischen 80 und 90 Prozent der für "Share" notwendigen Mittel über die Forschungsrahmenprogramme der EU, den Rest aus nationalen Quellen wie dem Wissenschaftsfonds FWF. Dabei musste für jede der alle zwei Jahre stattfindenden Befragungswellen neu um Gelder angesucht werden, betonte Michael Radhuber vom Institut für Volkswirtschaftslehre im Gespräch. Durch die Beteiligung Österreichs an dem europäischen Konsortium kommen künftig die Mittel - in Höhe von rund einer Million Euro pro Befragungswelle - vorrangig aus dem Wissenschaftsministerium.

Erhöhte Interviewzahl

Mit dem neuen Rechtsstatus wird auch die Zahl der pro Mitgliedsland für die Untersuchung interviewten Personen von derzeit rund 2.200 auf 6.000 deutlich

ausgeweitet. Das biete den Vorteil, mit den dabei erhobenen Daten auch seriöse Studien für Österreich durchführen zu können, betonte Radhuber. Für solche Länderauswertungen war die bisherige Zahl an Interviews zu klein.

Das Projekt bietet für die Wissenschaft einen offenen, kostenlosen Zugriff auf Daten. Den Forschern soll damit geholfen werden, die Auswirkungen der Alterung der Bevölkerung auf die europäische Gesellschaft zu verstehen. Und politische Entscheidungsträger sollen damit einen besseren Einblick in die Auswirkungen des demografischen Wandels auf öffentliche Finanzen, Arbeitsmarkt, Einkommensverteilung, Familienleben etc. erhalten. (APA)

Link

Share

© derStandard.at GmbH 2011 -

Alle Rechte vorbehalten. Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf.

Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.